

# Marzahn- Hellersdorf

22. Jahrgang / August 2012

# links

**DIE LINKE. Bezirksverband Marzahn-Hellersdorf • Informationsblatt**

„Zur Person“ stellen wir Ihnen Georg Brozek vor, einer der ganz Engagierten in der LINKEN, nicht nur in Marzahn-Hellersdorf ..... **Seite 2**  
Petra Pau: Im Gespräch äußert sie sich zu skandalösen Umständen ..... **Seite 2**

Unter dem Titel „Krieg in Vietnam“ finden Sie einen interessanten Bericht aus der Basisgruppe 88 ..... **Seite 3**  
Aktuelles aus dem Bezirksvorstand / Senioren-BVV fordert: Ein Leben in Würde ermöglichen ..... **Seiten 4**

Was geht uns hier im Bezirk das Volksbegehren gegen Nachtflug an? ..... **Seite 6**  
Die Jugendseite: Ja, wo strömen sie denn? / Gedenken in Rostock ..... **Seite 7**  
Veranstaltungstipps und Termine im Überblick auf ..... **Seite 8**

## Sommerpause – Sommerloch?

In wenigen Tagen werden die Sommerferien zu Ende sein und auch die Bezirksverordnetenversammlung wird ihre Sommerpause beenden. Dann wird es auch für die Mitglieder des Bezirksamtes wieder etwas turbulenter. Die Fachausschüsse der BVV tagen wieder, Anwesenheit ist Pflicht. Auch andere Gremien, die eher nicht getagt haben, nehmen ihre Arbeit wieder auf. In die Sommerpause fiel, dass nach Beschlussfassung des Haushaltsgesetzes in der letzten Sitzung des Abgeordnetenhauses mit Schreiben der Finanzverwaltung mitgeteilt wurde, dass wir einen beschlossenen Bezirkshaushalt haben und nun wieder „frei“ wirtschaften könnten.

Allerdings sind die Eingriffe in diese „Freiheit“ nicht unerheblich. Vor allem die noch ausstehende Beschlussfassung zu den Kürzungen beim bezirklichen Personal nach der Sommerpause wird von der Senatsverwaltung für Finanzen und ihrem Staatssekretär ignoriert.

Dieser Tage flatterte ein Brief ins Bürgermeisterbüro, aus dem schon klare Handlungsanweisungen zur Personaleinsparung hervorgehen. Das wundert um so mehr, da,

wie unsere haushaltspolitische Sprecherin der LINKEN, Dr. Manuela Schmidt, in einer Pressemeldung gerade Folgendes mitteilt: „Nachdem die SPD-CDU-Koalition in den Haushaltsberatungen den Bezirken eine dringend notwendige deutlich bessere finanzielle Ausstattung verweigert hat, zeigt sich jetzt, dass die sogenannte Personalplanung des

Bei uns geht es letztlich um die geforderte Einsparung von 175 Stellen in der Bezirksverwaltung. Ich habe meine Kollegen im Bezirksamt wiederholt darauf hingewiesen, dass ich in meiner Abteilung Gesundheit und Soziales einen deutlichen Stellenmehrbedarf habe, denn die Zahlen von Empfängerinnen und Empfängern bei Leistungen der Grundsicherung, der Eingliederungshilfe und der Hilfe zur Pflege steigen. Das hat mit der demografischen Entwicklung im Bezirk zu tun, aber auch mit einem ständigen und wachsenden Zuzug von Familien und einzelnen Personen, die wegen steigender Mietkosten in der Innenstadt nach Marzahn-Hellersdorf kommen. Davor können und dürfen wir nicht die Augen verschließen.

Erst vor wenigen Tagen hat der Gesundheitssektor Mario Czaja, der ja seinen Wahlkreis in unserem Bezirk hat, eine personelle Stärkung der bezirklichen Gesundheitsämter angekündigt.

Ich habe ihn auf den Widerspruch zwischen gefordertem Personalabbau und seiner medienwirksamen Ankündigung aufmerksam gemacht. Wenn sich das Sommerloch schließt und der politische Alltag wieder beginnt, wird sich zeigen, was Rot-Schwarz wirklich durchsetzen wird, vor allem gegen die Ostbezirke!

**Dagmar Pohle**  
Stellvertretende Bezirksbürgermeisterin



*Nicht nur über Marzahn-Hellersdorf braute sich in diesem Sommer so einiges zusammen. Oder gibt es doch einen Lichtblick?*  
Foto: Y. Rami

Senats auf teilweise falschen Berechnungen basiert ... Durch falsche Verbuchung des Personals für Parkraumbewirtschaftung in den „Zielzahlen“ des Senats würden den Bezirken weitere Nachteile entstehen. Insgesamt geht es um 250 Stellen, ...“ (siehe auch Seite 5).

# DIE LINKE.

## Zur Person: **Georg Brozek** Ein Streiter für Nachhaltigkeit ...

... ist Georg Brozek. Vielen GenossInnen ist er vor allem als kritischer Zeitgenosse und als Schorsch bekannt.

Er stammt aus Zehdenick an der Havel. Zwei Schlüsselerlebnisse brachten ihn zu seiner politischen Überzeugung. Er hat dem Krieg ins Auge gesehen, und 1951 nahm er an den 3. Weltfestspielen der Jugend und Studenten in Berlin noch im Angesicht von Ruinen teil. Das tausendfache „Jugend aller Nationen, uns vereint gleicher Sinn, gleicher Mut, ...“ und die Vielzahl junger Menschen aus aller Welt, die ihren Friedenswillen zum Ausdruck brachten, hatten den jungen Mann sehr beeindruckt. So wurde er Offizier der NVA bei den Luftstreitkräften. In den letzten Berufsjahren war er in einem Außenhandelsbetrieb tätig.

Obwohl er sein Grundstück mit seiner Frau, den Kindern und Enkeln zur Erholung nutzt, interessiert er sich auch für die Natur und Umwelt im unmittelbaren Wohnumfeld. Ressourcen sind Bestandteil der Natur und sie sollten sparsam verwendet werden, so sein Anspruch. Abfallvermeidung und Reduzierung des Restmüllanteils würden dazu beitragen. Deshalb hat er einst den Mietern mit Unterstützung des Servicebüros der Stadt und Land ein Infoblatt geschrieben, damit sie zur Senkung der beeinflussbaren Betriebsko-

sten beitragen. Statistische Erhebungen zur vorgehaltenen Behälterkapazität in drei Quartieren in Hellersdorf machten dies deutlich. Früher hat er aktiv in der AG Umwelt im Ab-



Georg (Schorsch) Brozek vorm Linken Treff in der Hel-  
len Mitte  
Foto: Y. Rami

geordnetenhaus und in der AG Stoffstrom der Lokalen Agenda 21 im Bezirk mitgearbeitet, letztere gibt es leider nicht mehr.

### Sein Wunsch: Ökosteuer für Plastebeutel

Im Zuge eines Modellprojektes von 1995 zur Kompostierung in der Großsiedlung betreibt Schorsch als Einziger seit dieser Zeit einen Thermokomposter, der im Verkehrsgrün vor der Ernst-Bloch-Straße zu finden ist. Der wertvolle Kompost findet auch im Vorgarten Verwendung.

Auch dem Erhalt von Kunst im öffentlichen Raum widmet sich der Hellersdorfer. Er engagiert sich seit Jahren für den Erhalt des bekannten Giebelwandgemäldes „Nicaraguanisches Dorf - Monimbö 1978“ des Malers Manuel Garcia Moia in der Skandinavischen Straße in Lichtenberg. Wärmedämmung machte die Reproduktion des Originals aus dem Jahre 1985 notwendig. Genosse Brozek gehört zur Initiative, die bei Veranstaltungen bisher mehr als 50.000 Euro Spenden zur künstlerischen Reproduktion im Jahr 2005 einwarben. Seit dieser Zeit beteiligt er sich an der Pflege der dort angelegten Grünfläche. Aktuell gibt es erhebliche Schäden an der Fassade. Ein Gutachten wird die Ursachen ermitteln, um dann das Kunstwerk wieder entstehen zu lassen.

Selbst war Schorsch zweimal in Nikaragua, die Begeisterung für Land und Menschen ist ihm anzumerken.

Zeit hat der Rentner kaum, denn BO-Sprecher ist er auch noch. Er sammelte Unterschriften zum Volksbegehren (Wasser und Energie) und unterstützte den Wahlkampf in Nordrhein-Westfalen und im Saarland.

In der AG zum Bürgerhaushalt wünscht er sich mehr Bürgerbeteiligung und hofft auf Realisierung der eingereichten Vorschläge.

Und das alles mit 77 Jahren! „Wer nur in sich gekehrt ist, kann nicht nach außen wirken“, natürlich im kritischen Geist dieser Gesellschaft, schließt Schorsch unser Gespräch und ich nehme eine Menge Schwung von der älteren Generation mit.

**Sabine Behrens**

## Im Gespräch mit Petra Pau (MdB): Rechtsextremismus hatte Priorität – beim Schreddern

● *Auch du hast deinen Urlaub unterbrochen für eine Sondersitzung des Bundestags.*

Es ging um Steuer-Milliarden für Banken, diesmal für spanische. DIE LINKE hat das abgelehnt.

● *Ebenso außer der Reihe tagte der Untersuchungsausschuss zur NSU-Mordserie. Warum?*

Weil weitere Akten vernichtet wurden ...

● *... aus Versehen und rechtmäßig.*

Grimms Märchen sind wahrscheinlicher.

● *Rechtsextremismus hatte immer Priorität, beteuern alle Behörden.*

Stimmt, aber nur wenn es darum ging, einschlägige Akten zu vernichten.

● *Die Aktion „Rennsteig“ war Ende der 1990er Jahre ein Großversuch, zahlreicher Geheimdienste, V-Leute in der Thüringer Nazi-Szene*

*anzuwerben, richtig?*

Ja, noch brisanter sind die Fragen: Mit welchem Ergebnissen und wie nah waren die so gekauften Spitzel und bezahlten Täter am NSU-Trio dran?

● *Verschwörungstheorien?*

Wenn jemand Verschwörungstheorien befeuert, so sind es aktuell die Sicherheitsbehörden mit ihren Vertuschungsversuchen.

● *Es läuft ein Sommerloch-Rennen über einen „besseren“ Verfassungsschutz.*

Der Verfassungsschutz ist Teil des NSU-De-sasters. Ob aus Dummheit oder aus Kalkül ist noch völlig offen. So oder so, beides stellt den Verfassungsschutz als Behörde in Frage.

● *Was zunehmend mehr tun?*

Ja! Nicht nur DIE LINKE.

● *Weil sich die Thüringer VS-Dödel dafür gera-*

*dezu anbieten?*

Vorsicht! Die „Thüringer VS-Dödel“ waren damals Aufbau-Helfer West für den doofen Osten. Und zweitens helfen sie aktuell auch, das eigentliche Problem zu verdecken. Und das ist der Inlands-Geheimdienst generell.

● *Man schafft keine Feuerwehr ab, nur weil sich ein Feuerwehrmann als Brandstifter versteigt? Meint ein Fraktionskollege von dir sinn-gemäß.*

Schon das Feuerwehr-Bild ist falsch.

● *Oha?*

Die Feuerwehr, die ich kenne, schnüffelt nicht in Wohnungen, nicht auf Handys, nicht in Computern, ob es demnächst brennen könnte. Sie unterhält auch keine V-Leute, die vom Staat honoriert brandschatzen. Die Feuerwehr kommt löschend in der Not und sie bietet sich als Partner an, bürgernah und transparent.

Gespräch: Rainer Brandt

# Krieg in Vietnam!

**K**rieg in Vietnam? Natürlich wird in Vietnam kein heißer Krieg geführt, aber die vietnamesischen Menschen leiden auch heute noch, 39 Jahre nach dem Ende der amerikanischen Aggression, an deren katastrophalen Folgen, befinden sich faktisch in einer kriegsähnlichen Situation.

Von Frau Dörte Lüneberg (Verantwortliche für Öffentlichkeitsarbeit/Spendeneinwerbung) von SODI - Solidaritätsdienst-International - erfuhren die Genossinnen und Genossen unserer Basisgruppe in der Juni-Versammlung, dass neben den Nachwirkungen durch das Entlaubungsmittel „Agent Orange“, vor allem die immensen Dimensionen der Kontaminierung des Territoriums mit Landminen, Streumunition und anderen Blindgängern eine nachhaltige wirt-

Aus diesem Grund hat sich SODI in seiner humanitären Arbeit seit 14 Jahren auf diese beiden zentral-vietnamesischen Provinzen konzentriert. Seitdem wurden 19 km<sup>2</sup> Land beräumt und ca. 145.000 Blindgänger unschädlich gemacht. 2012 sollen weitere von SODI veranlasste 3 km<sup>2</sup> dazukommen.

Die Kampfmittelräumer sind ausschließlich Vietnamesen, aber SODI hat vor Ort seit 2009 einen Programm-Manager, der die Arbeit organisiert, koordiniert und Mitarbeiter ausbildet. Durch Vorträge, vor allem in Schulen und Kindergärten, wird vorbeugend gearbeitet, um zu verhindern, dass Menschen durch unbedachten Umgang mit Fundmunition verletzt oder gar getötet werden. Kinder sind von Unfällen mit Fundmunition am stärksten betroffen.

Welche Folgen das haben kann, zeigte ein kleiner Film über einen Jungen, dem durch Fundmu-



ausgestattet, was insbesondere werdenden Müttern zugutekommt. Die bisherigen Gesundheitsstationen sind dafür nicht ausreichend entwickelt, so dass fast die Hälfte der Frauen in der ärmsten Bevölkerung ihre Kinder ohne Hebamme oder Arzt zur Welt bringen muss. Die Folge ist eine hohe Müttersterblichkeit. In einem von Frau Lüneberg dargestellten Beispiel war eine Hebamme zudem nur mit einem selbst geschnitzten Hörrohr „ausgestattet“.

In dem neuen Gesundheitszentrum können erstmals Patienten stationär behandelt werden. Dort werden dann auch Schulungen zu grundlegenden Hygienefragen und zum gesundheitsbewussten Verhalten durchgeführt, weil vor allem durch den Mangel an Hygiene, sauberem Trinkwasser, Toiletten, sanitären Einrichtungen sowie durch körperliche Überlastungen während der Schwangerschaft Krankheiten verursacht werden.

Angesprochen, ob sich die USA an der Beseitigung der von ihr verursachten Kriegsschäden in Vietnam bzw. an der Beräumung der mit Munition belasteten Flächen beteiligt, musste Frau Lüneberg verneinen. Sie wusste nur, dass amerikanische Soldaten, die durch „Agent Orange“ geschädigt wurden, geklagt, Recht bekommen und damit Abfindungen erhalten hätten.

Frau Lüneberg sprach auch zur Geschichte von SODI und zu dessen Finanzierung. SODI ist Rechtsnachfolger des Solidaritätskomitees der DDR. Dessen Vermögen in damaliger Höhe von rund 32 Mio. Mark ging, nachdem geklärt war, dass diese Gelder nicht unrechtmäßig erworben wurden, 1994 in die Stiftung Nord-Süd-Brücke ein. Aus deren Topf werden die Projekte von SODI finanziert. Daneben können auch Gelder vom Auswärtigen Amt und vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung angefordert werden.

Selbstverständlich ist SODI nach wie vor auch auf unsere Spenden angewiesen, zumal die genannten Ministerien zunehmend bestrebt sind, ihre Zuschüsse zu reduzieren, und finanzielle Hilfen von großen Firmen nicht zu erwarten sind.

Unsere Basisgruppe hat zum Spendenaufkommen einen Betrag von 174 Euro beigesteuert.

**Olaf Junghanns**  
Basisgruppe 88

**Machen Sie uns stärker! Werden Sie SODI-Fördermitglied**

Ja, ich möchte SODI regelmäßig unterstützen und ermächtige SODI – bis auf Widerruf – meine Spende von meinem Konto durch Lastschrift einzuziehen.

Ich spende  20 EUR  monatlich  
 \_\_\_\_\_ EUR  quartalsweise ab \_\_\_\_\_ 2012

Kontonummer \_\_\_\_\_ Bankleitzahl \_\_\_\_\_  
 Name, Vorname \_\_\_\_\_  
 Straße, Nr. \_\_\_\_\_  
 PLZ/Ort \_\_\_\_\_

Datum, Unterschrift \_\_\_\_\_

Als Dankeschön laden wir Sie zu unserem Jahrestreffen der Fördermitglieder ein.

schaftliche Entwicklung und eine Zurückdrängung der Armut im Lande verhindern.

Noch heute sind über 20 % des Landes damit verseucht. Das sind etwa 66.000 km<sup>2</sup>, ein Gebiet etwa so groß wie Bayern. Von der Belastung mit Kampfmitteln sind 9.284 der 10.511 Gemeinden Vietnams betroffen! Bis heute sind seit Kriegsende davon nur etwa 3.000 km<sup>2</sup> beräumt! Das entspricht etwa 5 % der betroffenen Gebiete. Die Ursache für diese Situation ist vor allem in mangelnder finanzieller Ausstattung für die Kampfmittelberäumung zu sehen. Am stärksten belastet sind die Provinzen Quang Tri und Thua Thien Hue. Dort kamen während des Vietnam-Krieges durchschnittlich 63 kg Munition pro m<sup>2</sup> zum Einsatz!



nition beide Hände abgerissen wurden und der erblindete. Man kann sich vorstellen was dies in einem Land bedeutet, in dem die gesundheitliche Betreuung mangelhaft bzw. mit hohen finanziellen Belastungen verbunden ist.

Für SODI endet die humanitäre Arbeit nicht mit der Kampfmittelberäumung, denn diese ist nicht Selbstzweck, sondern Voraussetzung, dass sich Vietnam entwickeln kann. Erst wenn der Boden von Munition befreit ist, kann er landwirtschaftlich genutzt, können die Ortschaften entwickelt und die Armut beseitigt werden. Daher konzentriert sich SODI nach der Munitionsberäumung darauf, Menschen für die effektive Nutzung ihrer Felder zu qualifizieren, durch die Vergabe von Kleinkrediten Voraussetzungen für einen eigenständigen Einkommenserwerb zu schaffen sowie auf die Unterstützung beim Bau von Siedlungen, Schulen, Gemeindehäusern, Kindergärten und Wasserleitungen.

Besonderes Augenmerk richtet SODI auf die Entwicklung und den Bau von Gesundheitszentren. So wird in Hai Thuong ein neues Objekt errichtet, welches die Gesundheitssituation für etwa 20.000 Menschen in vier Gemeinden deutlich verbessert. Es wird mit moderner Medizintechnik, u.a. mit einem Ultraschallgerät,

## Infosplitter

### Wieder mehr Einwohner

Das Bezirksamt, Abteilung Gesundheit und Soziales, hat den neusten Bericht über die demografische Situation im Bezirk vorgelegt. 2011 lebten demnach 249.232 Bürgerinnen und Bürger im Bezirk, das waren 5.000 mehr als 2009. Der Bevölkerungszuwachs ist sowohl auf Zuwanderung als auch auf Geburtenüberschuss zurückzuführen. Das Durchschnittsalter sinkt trotz der steigenden Bevölkerungszahl weiter von 42,4 (2009) auf 42,9 (2011). Der Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund liegt bei 11,8 %, damit hat Marzahn-Hellersdorf den zweitniedrigsten Migrantenanteil aller Berliner Bezirke. Die gesamte Studie kann in den Unterlagen für die Sitzung der BVV am 24.5.2012, DS-Nr. 0327/VII eingesehen werden.

### Kommissionen

Die Kommission „Kunst im öffentlichen Raum“ setzt ihre Arbeit unter Leitung von Bezirksstadträtin Julia Witt fort. Neben Vertretern/innen des Bezirksamtes werden auch Künstler/innen, Architekten/innen in der Kommission mitarbeiten. In der Kommission Gedenkorte, die von Bezirksstadträtin Julia Witt und Bezirkstadtrat Christian Gräff geleitet werden, arbeitet von unserer Fraktion Olaf Ostertag mit.

### Hochschule will anbauen

Die Alice-Salomon-Hochschule möchte das noch leere Grundstück hinter der Arbeitsagentur, Janusz-Korzak-Straße, erwerben, um darauf einen Verwaltungsbau mit Kita errichten zu können.

### Eröffnungen

Was lange währte, wird endlich gut: Am 17. Juni wurde nach längeren Umbauzeiten in der ehemaligen Lüdecke-Bibliothek in Alt-Marzahn 55 endlich der zweite Standort für das Bezirksmuseum eröffnet. Im Erdgeschoss ist dann der Teil der Dauerausstellung zur Geschichte des Bezirkes von den Anfängen bis 1970 zu sehen. Der Teil ab 1970 wird im Obergeschoss noch aufgebaut.



Juliane Witt, Bezirksstadträtin, und Wolfgang Brauer (MdA) bei der Eröffnung am 17.6. in Alt-Marzahn.

Promenade 46, wieder ihre Türen für Besucherinnen und Besucher öffnen.

**Renate Schilling** (Text und Foto)

## Ein Leben in Würde ermöglichen

### - Aufgabe und zugleich Motto der Berliner Seniorenpolitik

Am 18. Juni fand im Rathaussaal am Alice-Salomon-Platz 3 in Hellersdorf auf Einladung der Seniorenvertretung Marzahn-Hellersdorf die diesjährige Senioren-BVV statt.

Der Saal war gefüllt von interessierten Bürgerinnen und Bürgern der Generation 50 plus. Moderiert wurde die Veranstaltung traditionsgemäß von der BVV-Vorsteherin. An ihrer Seite hatten die Vorsitzende der Seniorenvertretung Regina Saeger und die Mitglieder des Bezirksamtes Platz genommen.

Zu Beginn stellte Regina Saeger kurz die Tätigkeiten der im November neu gewählten Seniorenvertretung vor. Die 14 Mitglieder haben viel zu tun. Gemäß Berliner Seniorenmittwirkungsgesetz arbeiten sie in den Ausschüssen der BVV mit, haben dort Rederecht. Auf diese Weise wirkt die Seniorenvertretung bei der bezirklichen Altenplanung mit und vertritt die Interessen der älteren Generation in der Öffentlichkeit. Darüber hinaus hält sie Bürgersprechstunden ab, informiert über seniorenrelevante Gesetze und deren Umsetzung, berät und unterstützt ältere Menschen bei der Durchsetzung ihrer Ansprüche.

Ein kurzer Überblick über die demografische Situation in Marzahn-Hellersdorf machte deutlich:

Im früher jüngsten Bezirk verzeichnen wir einen raschen, zahlenmäßigen Anstieg der älteren Generation. Deren Bedürfnisse sind zunehmend gefragt. Die größte Gruppe der SeniorInnen stellen zukünftig die „jungen Alten“. Das sind die zwischen 50 und 64. Zumindest nach der amtlichen Statistik. Viele Fragen waren schriftlich eingereicht worden,

aber auch spontane Fragen vor Ort waren ausdrücklich erwünscht.

Das Bezirksamt war bemüht, alle Fragen zu beantworten. Es war allerdings nicht zu überhören, dass nicht alle Bezirksstadträte im Umgang insbesondere mit älteren Bürgerinnen geübt waren. Das Amtsdeutsch war nicht für jeden im Saal verständlich. Auch dass Stefan Richter die entschuldigte Abwesenheit seines Amtskollegen Christian Gräff nutzte, um dessen Art und Weise der Zuarbeiten mehrfach zu kritisieren schien mir unkollegial. Erst Recht, da wir die Wahlen doch hinter uns haben.

Die erste Frage war nicht zufällig die wichtigste. Die GenossInnen Renate und Dieter Menzel fragten, wann die Angleichung der Renten Ost an West erfolgen wird. Das können weder Bezirk noch Land richten. Aber der Bezirk wird über das Land Berlin eine Bundesratsinitiative ins Leben rufen, um eine Gesetzesänderung herbeizuführen. Die Seniorenvertretung hat diesbezüglich bereits im Mai einen persönlichen Brief an die Bundeskanzlerin geschrieben.

Weitere Fragen befassten u.a. sich mit schlecht begeharen oder beleuchteten Wegen, Barrierefreiheit, Einzelhandelsversorgung und der Durchführung einer Seniorensportkonferenz.

Wer sich über Seniorenpolitik informieren möchte, Rat sucht oder sich selbst engagieren möchte, schaue mal rein:

<http://www.verlag-apercu.de/verlagsprogramm/alle-broschueren/detailansicht/article/sr-mhd12012.html>

### Kurz informiert: Aus dem Bezirksvorstand

Es ist natürlich kein Geheimnis, dass ein beträchtlicher Teil der Mitglieder der LINKEN im höheren Lebensalter ist. Oft wird in diesem Zusammenhang die Frage diskutiert, wie es gelingen kann, mehr jüngere Menschen an uns zu binden. Das ist eine wichtige Frage, aber darum soll es hier mal nicht gehen, sondern darum, dass DIE LINKE auf Grund dieses Sachverhaltes eine große Verantwortung für die Arbeit unter Seniorinnen und Senioren (unabhängig von der Festlegung konkreter Altersangaben) trägt.

Für vieles davon liegt die Verantwortung auf der Bundesebene, etwa bei der Angleichung der Renten in „Ost“ und „West“ oder beim Renteneintrittsalter. Es gibt aber auch genug Probleme älterer Menschen, die sehr wohl in die Bezirks- und Landespolitik gehören: bezahlbare Mieten, Verhinderung von Verdrängung durch Luxusmodernisierung, aber auch „Alltagsprobleme“ wie die Einstellung des Begleitdienstes der BVG oder die Absenkung der Busse beim Ein- und Aussteigen an der Haltestelle („Kneeling“). Letzteres fällt wahrscheinlich vielen jüngeren Menschen gar nicht auf, demzufolge sind „die Alten“ bei ihren Protesten gelegentlich allein. Und hier ist DIE LINKE nicht zuletzt wegen der Zusam-

mensetzung ihrer Mitgliedschaft gefragt.

Natürlich spielt das alles in der Arbeit des Bezirksvorstandes eine Rolle, aber zufrieden können wir damit nicht sein, und so stand das Thema „Seniorenarbeit“ im Juni auf der Tagesordnung des BV. Eingeladen dazu war Genosse Dieter Zahn, der Sprecher der Arbeitsgemeinschaft „Seniorenpolitik“ des Landesverbandes Berlin. Im Ergebnis der Beratungen wurde festgelegt, dass ich als Vertreter unseres Bezirksvorstandes in der Landesarbeitsgemeinschaft mitarbeite. Auf diesem Weg wird auch die gemeinsame Vorbereitung der 38. Berliner Seniorenwoche vom 25. August bis zum 6. September gewährleistet. DIE LINKE wird natürlich auch auf der Eröffnungsveranstaltung am 25. August auf dem Breitscheidplatz vertreten sein.

Natürlich gibt es auf dem Gebiet der Seniorenpolitik noch andere Aufgaben zu lösen. Deshalb wird dieses Thema im November erneut auf der Tagesordnung des Bezirksvorstandes stehen. Vorschläge und Meinungsäußerungen von Mitgliedern und aus Basisgruppen sind selbstverständlich ausdrücklich erwünscht.

**Bernd Preußner**

## Wolfgang Brauer (MdB): Warschauer Eindrücke

Das wiedervereinigte Berlin verbindet seit dem 12. August 1991 eine Städtepartnerschaftsbeziehung mit der polnischen Hauptstadt Warschau. Diese Partnerschaft hat wie alle diese Beziehungen Höhen und Tiefen erlebt. Polen ist unser direkter Nachbar. Vielfältige kulturelle Drähte spannen sich – oft nicht mehr bewusst wahrgenommen – zwischen Spree und Weichsel. Die gemeinsame Geschichte ist nicht zuletzt durch das Völkermordprogramm des faschistischen Deutschland an Dramatik kaum zu überbieten. Dennoch ist Berlin heute wieder die größte „polnische Stadt“ außerhalb der Rzeczpospolita Polska.

So war es kein Zufall, dass die erste Auslandsreise des Präsidiums des neuen Abgeordnetenhauses unter Leitung des Präsidenten Ralf Wieland vom 6. bis zum 9. Juni 2012 nach Warschau ging. Natürlich wollte uns unser „Partnerparlament“, der Warschauer Stadtrat (die polnischen Zentralverwaltungsstrukturen sind allerdings mit dem deutschen föderalen System nicht vergleichbar), die

Leistungen der Stadt im Zusammenhang mit der Fußball-Europameisterschaft präsentieren. Das gelang den Kollegen. Die Fanmeile um den Kulturpalast war trotz des auch in Warschau üblichen Baustellenchaos perfekt organisiert. Das neue Nationalstadion, in der Stadt-Vedute des östlichen Weichselufers zunächst einmal gewöhnungsbedürftig, ist eine überzeugende Sportanlage (von einem deutschen Architektenbüro konzipiert, das auch in Berlin Spuren hinterließ). Wir konnten das Eröffnungsspiel sehen und waren überrascht, mit welcher Freundlichkeit in einem weißroten Meer den griechischen Fans begegnet wurde. Ein völlig anderes Bild, als es sich dann teilweise im Umfeld des Spieles Polen gegen Rußland zeigen sollte. Neben all den tatsächlichen und vermeintlichen historischen Belastungen wird allerdings derzeit von den Anhängern der zweitstärksten Partei des Sejm, „Recht und Gerechtigkeit“ (PiS), die Legende gepflegt, dass es die Russen gewesen seien, die die Maschine des seinerzeitigen Präsidenten Lech Kaczyński bei Minsk zum Absturz ge-

bracht hätten. Das hatte Wirkungen. Anders übrigens als der Versuch des PiS-Chefs Jarosław Kaczyński, im Wahlkampf 2011 die deutschfeindliche Karte zu ziehen.

Alles andere als ein bloßes Ritual des diplomatischen Programmes ist es, wenn Berliner Delegationen in Warschau Gedenkkränze niederlegen. Wir taten solches – trotz einer Vielzahl politischer Gespräche – am zentralen Mahnmal des Warschauer Aufstandes und an der Gedenkstätte „Umschlagplatz“ (von hier gingen die Züge nach Treblinka) am Rande des ehemaligen Ghettos. Spätestens an solchen Orten wird spürbar, dass die von den Deutschen 1939 bis 1945 geschlagene Wunde in der Stadt wohl nie ganz verheilen wird. Unsere polnischen Gastgeber registrierten mit großer Aufmerksamkeit, dass diese Geste des Gedenkens für uns alle parteiübergreifend eine Herzensangelegenheit war.

Warschau wird übrigens zurzeit von Frauen regiert: Magistrat und Stadtrat stehen unter Frauenregie, auch der Sicherheits- und Katastrophenschutzbereich wird von einer Frau geleitet.

## Von SPD/CDU-Senat geplanter Stellenabbau gefährdet bürgernahe Dienstleistungen und unsere soziale Infrastruktur!

Die Senatsverwaltung für Finanzen hat gegenüber dem Abgeordnetenhaus in Berlin eine erste Bewertung des Personalbestandes der Berliner Bezirke vorgenommen. Sie kommt dabei zu dem Schluss, dass alle Bezirke in den Jahren 2012 bis 2016 insgesamt 1.457 Vollzeitstellen abzubauen haben. Mit jedem Bezirk soll ein in Jahresscheiben aufgeteilter Abbauplan vereinbart werden. Das Verfahren ist ein Rückfall in den Beginn der 1990er Jahre. Statt die Kosten und Leistungsrechnung und deren Ergebnisse zu Grunde zu legen wurde eine „Personenzielzahl“ eingeführt, die vor allem die Ostbezirke belasten. Die Ostbezirke sollen insgesamt 80 Prozent des Personalabbaus schultern. Für unseren Bezirk sollen im Sparwahn von SPD und CDU 175 Stellen eingespart werden. Wenn in den Bezirken öffentliche Aufgaben privatisiert werden, dann sollen diese durch Anrechnung weniger Kürzungen prämiert werden. Die Auswirkungen für die Verwaltung und bürgernahe Dienstleistungen sind dramatisch. Bürgerämter, die soziale und gesundheitliche Versorgung, Bauanträge und Stadtplanungsaufgaben stehen zur Disposition oder werden eingeschränkt werden müssen.

Der Bezirksstadtrat Christian Gräff (CDU) schlägt über die Medien als Protest die Abschaffung des bezirklichen Ordnungsamtes oder gar betriebsbedingte Kündigungen vor. Angesichts der guten Ergebnisse unserer Bezirksverwaltung in der Kosten- und Leistungsrechnung sowie der Umsetzung des bezirklichen Konsolidierungskonzeptes ist der geplante Einschnitt weder nachvollziehbar noch umsetzbar. Durch den beabsichtigten Abbau der Stellen kann die Verwaltung

nicht mehr alle Aufgaben der öffentlichen Daseinsvorsorge ohne Einschränkungen erfüllen. Obwohl durch den Bezirksbürgermeister Komoß (SPD) und von allen Fraktionen die beabsichtigte Stellenkürzung scharf kritisiert wurde, erwirkte unsere BVV dazu keine Beschlussfassungen. Trotz des vom Bezirksamt beschlossenen „Ausbildungspaktes“ gegen die Jugendarbeitslosigkeit in Marzahn-Hellersdorf würde die bisherige Praxis der einjährigen Übernahme der 21 Auszubildenden in der Verwaltung nicht mehr möglich sein. Ein von der LINKEN eingebrachter Antrag das Bezirksamt aufzufordern, sich gegenüber dem Senat von Berlin dafür einzusetzen, die beab-

sichtigte Kürzungen nicht umzusetzen, wurde von SPD, CDU und den Grünen in den Hauptausschuss der BVV überwiesen. Dieser tagt erst wieder nach der Sommerpause. Dann könnten längst Tatsachen geschaffen worden sein. Die demografischen Entwicklungen machen auch vor der Verwaltung des Bezirkes nicht halt. Wir brauchen in unseren Ämtern eine gute Mischung von erfahrenen Kollegen und fachlichem Nachwuchs. Wer eine gute fachliche Qualität, Bürgernähe und gute Leistungen vor Ort erwartet, der muss die Bezirke auch dementsprechend ausstatten!

**Klaus-Jürgen Dahler**

Fraktionsvorsitzender DIE LINKE in der BVV

## Personalkonzept des Senats auf falscher Berechnungsgrundlage

Nachdem die SPD-CDU-Koalition in den Haushaltsberatungen den Bezirken eine dringend notwendige deutlich bessere finanzielle Ausstattung verweigert hat, zeigt sich jetzt, dass die sogenannte Personalplanung des Senats auf teilweise falschen Berechnungen basiert.

Darauf weist die Linksfraktion in einem Schreiben an alle Bezirksbürgermeister und die Fraktionen im Abgeordnetenhaus hin und fordert, dies zu korrigieren. Die Linksfraktion wird sich in den Beratungen des Abgeordnetenhauses dafür einzusetzen.

Durch falsche Verbuchung des Personals für Parkraumbewirtschaftung in den »Zielzahlen« des Senats würden den Bezirken weitere Nachteile entstehen. Insgesamt geht es um 250 Stellen, die den Bezirken demnach mehr bzw. weniger zur Verfügung stünden.

Die Linksfraktion lehnt den weiteren Personalabbau in den Bezirken grundsätzlich ab und fordert ein zukunftsorientiertes Personalkonzept, das den Bezirken gestattet, ihre Aufgaben verantwortungsvoll und in bester Qualität zu erfüllen.

Grundlage für ein solches Konzept können keine „Zielzahlen“ sein, die noch dazu auf falschen Berechnungen beruhen. Grundlage können nur eine aufgabenkritische Betrachtung und eine auskömmliche Finanzierung sein.

Im Zuge dieser Debatte wird sich erweisen, wie ernst es die selbsternannten „Bezirksfreunde“ der Koalition mit ihren Versprechungen für die Bezirke meinen.

**Dr. Manuela Schmidt (MdB)**

Haushalts- und finanzpolitische Sprecherin

## Was geht uns in Marzahn-Hellersdorf das Volksbegehren gegen Nachtflug an?

Ich kann verstehen, dass Sie, liebe Berliner Mitbürger, die nicht unmittelbar vom Fluglärm durch den Flughafen Schönefeld betroffen sein werden, sich diese Frage stellen.

„Lärm ist überall und Flughäfen ohne Lärm, das geht nun mal nicht, fliegen wollen alle, die Anwohner von Tegel mussten den Lärm auch ertragen“, das sind einige der Argumente.

Ja, Berlin braucht einen Flughafen, aber kein neues Drehkreuz. Ja, es ist richtig, dass alle die, die bisher den Fluglärm beim An- oder Abflug in Tegel ertragen mussten, endlich entlastet werden. Der Fehler begann mit der Standortwahl. Obwohl Schönefeld von den Gutachtern 1994 als der schlechteste und ungeeignetste von sieben möglichen Standorten bezeichnet wurde, hat die Politik anders entschieden. Man hat einen innerstädtischen Flughafen aus dem Norden einfach an den Südrand der Stadt verlegt. Inzwischen wissen alle, es sind im Süden Berlins nicht weniger Menschen vom Fluglärm betroffen, als bisher im Norden. Allerdings mit dem Unterschied, dass dann im Süden das Dreifache an Flugbewegungen stattfinden wird. Selbst Herr Woweriet und Herr Platzeck sagen heute, es ist damals der falsche Standort gewählt worden.

Und das ist unser Problem. Warum kommt die Politik denjenigen, die für alle Berliner nun die falsche Standortentscheidung ausbaden und ertragen müssen, nicht ausreichend entgegen? Warum soll im Süden der Stadt von 22.00 Uhr – 24.00 Uhr und von 05.00 Uhr – 06.00 Uhr voller Flugbetrieb aufrechterhalten werden. D.h., alle 2-4 min startet und landet in dieser Zeit ein Flugzeug. In Tegel war wenigstens von 23.00 Uhr – 06.00 Uhr kein regulärer Flugbetrieb. Können Sie sich vorstellen, wie wir und unsere Kinder da schlafen sollen?

Das Umweltbundesamt hat unmissverständlich klargestellt, für Herz-Kreislauferkrankungen und für psychische Störungen steigt bei ständigem Fluglärm das Risiko erheblich.

Erstmalig hat auch der 115. Deutsche Ärztetag im Mai 2012 in einer Entschließung festgestellt, dass es zahlreiche Studien gibt, die die Gesundheitsschädlichkeit von Fluglärm und Emissionen belegen. „Es ist nicht mehr hinnehmbar, wirt-

schaftliche Interessen wider besseres Wissen flächendeckend zu Lasten der Gesundheit und der Lebensqualität der Bevölkerung durchzusetzen“. Und es wird darauf verwiesen, dass die Behandlungskosten in Milliardenhöhe von allen Bürgern, auch Ihnen, getragen werden müssen. Der Flughafen in London-Heathrow ist viel weiter von der Stadt entfernt als Schönefeld und dort finden 480.000 Flugbewegungen im Jahr statt, (in Schönefeld sind 330 000 geplant). Dennoch verzichtet London auf einen Flugbetrieb von 22.00 Uhr – 06.00 Uhr.

Wir würden Arbeitsplätze gefährden mit unserer Forderung, behaupten die Politiker. Obwohl jeder weiß, es werden nur Arbeitsplätze nach Schönefeld verlagert. Wenn neue geschaffen werden, sind es Billigjobs über Zeitarbeitsfir-

## Auferstandene Ruinen

Am 21. Juni fand in der Peter-Weiss-Bibliothek die erste Hellersdorfer Ausgabe des Gesellschaftspolitischen Forum Marzahn-Hellersdorf (ehemals Marzahner Gesellschaftspolitisches Forum) des Vereins Helle Panke e.V. statt.

Die Veranstaltung stand unter der Überschrift „Auferstandene Ruinen? - Die Entwicklung der Großsiedlungen in Ostdeutschland nach 1990“. Als Gast trug Nico Grunze erste Erkenntnisse aus seinem laufenden Dissertationsprojekt „Entwicklungsperspektiven ostdeutscher Großwohnsiedlungen“ und seiner Diplomarbeit „Rückbau von sozialen Infrastruktureinrichtungen in der Großwohnsiedlung Marzahn“ vor. Illustriert durch Bilder, die er oftmals selbst bei seinen Besuchen aller der ca. 140 Großsiedlungen in Ostdeutschland aufgenommen hatte, konnte der Referent deutlich machen, dass die Entwicklung nach der Wende sehr differenziert verlief. Sie reichte vom Verschwinden ganzer Siedlungsblöcke in ehemaligen Industriestädten, die nach der Wende, nicht nur das Ende als Industriestandort zu verkraften hatten, sondern auch die Abwanderung erheblicher Teile der Bevölkerung, bis zu verhältnismäßig geringen Eingriffen wie in Marzahn-Hellersdorf, wo der Rückbau von insgesamt 5.000 Wohneinheiten

men. Die ungeheure Kostenexplosion aus dem wiederholten Flughafendesaster versucht man nun mit immer neuen Tricks kleinzurechnen, indem man an den Schallschutzmaßnahmen der Betroffenen sparen will.

Gegen all das wehren wir uns. Deshalb bitten wir Sie um Ihre solidarische Unterstützung.

Unterschreiben Sie das Volksbegehren zur Durchsetzung eines Nachtflugverbots von 22.00 Uhr – 06.00 Uhr, sammeln Sie in Ihren Häusern und Straßen weitere Unterschriften.

Wir werden ab 7. August jeden Samstag von 09.00 – 12.00 Uhr sichtbar vor Kaufhallen in Ihrem Stadtbezirk ebenfalls Unterschriften sammeln und zu Gesprächen zur Verfügung stehen.

**Norbert Gustmann**

BürgerInitiative Müggelheim

nur einen Bruchteil dieser größten Großsiedlung Europas betraf, auch wenn das für die Betroffenen teilweise eine sehr traumatische Erfahrung war.

In der anschließenden Diskussion wurde deutlich, dass das Sinken der Bevölkerungszahl in unserem Bezirk vor allem auf die relativ niedrigen Zahlen von Zuzüglern nach der Wende beruhte. Eine mögliche Erklärung dafür sah der Referent im Überschwappen des schlechten Images, das Großsiedlungen in der BRD hatten, nach Ostdeutschland nach der Wende. Dort waren Großsiedlungen immer als Reaktion auf soziale Problemlagen entstanden, was zu Folgeproblemen geführt und den Großsiedlungen einen schlechten Ruf eingebracht hatte.

Zum Schluss der Veranstaltung wagte sich Nico Grunze an eine kurze Einschätzung der Entwicklung in den vergangenen 20 Jahren. Dabei kam er zu dem Urteil, dass der Umbau Ost in Marzahn kreativ und mit Feingefühl erfolgte. Dennoch habe er sich ausschließlich an der Forderung nach Rückbau orientiert, die im Wesentlichen auf Prognosen der Wohnungswirtschaft beruhte. Für künftige Planungen und Projekte riet der Referent abschließend zu mehr Vorsicht im Umgang mit mittel- und langfristigen Prognosen und darauf gestütztem politischem Handeln.

**Hassan Metwally**

## Aus den Siedlungsgebieten

### Seniorinnen und Senioren fordern bessere Infrastruktur!

Die demografische Entwicklung im Bezirk und damit auch in den Siedlungsgebieten erfordert in allen Planungsfragen des Bezirksamtes die Berücksichtigung der besonderen Bedürfnisse und Interessen der Senioren. Das gilt für die Mobilität, für Barrierefreiheit und für die wohnortnahe Grundversorgung. Die Fraktion DIE LINKE hat in der BVV einen Antrag zur Umsetzung der UN-Konvention für Menschen mit Behinderungen eingebracht. Dieser wurde in den zu ständigen Fachausschüssen beraten und letztlich von der BVV mehrheitlich beschlossen. Nun werden wir unsere Möglichkeiten der Kontrolle wahrnehmen, dass insbesondere bei der Stadtplanung und Baumaßnahmen die Grundsätze auch praktisch umgesetzt werden. So fordern wir, dass bei den Baumaßnahmen im Schloss Biesdorf endlich auch Menschen mit Gehbehinderungen oder

auch mit dem Rollstuhl Fahren den der Zugang ermöglicht wird. Bürgerinnen und Bürger von Mahlsdorf bemängeln zu Recht, dass die einzige nähere Grundversorgung am S-Bahnhof Mahlsdorf besteht. Obwohl in der Landsberger Straße in Mahlsdorf ein neues Wohngebiet entsteht, ist auch hier kein Markt zur Grundversorgung geplant. Was für die Stadtplaner und den zuständigen Bezirksstadtrat Gräff (CDU) nach den Festlegungen des Zentrenkonzeptes des Bezirks ausreicht, wird von den Senioren auch auf Grund des Straßenzustandes anders empfunden. Wenn jetzt, wie vom zuständigen Bezirksstadtrat Richter (SPD) angekündigt, auch noch das Bürgeramt in Mahlsdorf geschlossen werden soll, dann werden sich die Wege für alle in Mahlsdorf weiter verlängern. Wir werden uns für solche Lösungen einsetzen, die das Interesse der Senioren angemessen berücksichtigen.

Sozialstadträtin Dagmar Pohle (DIE LINKE) hat dem Bezirksamt und der BVV eine Sozialstudie „50 und älter in Marzahn-Hellersdorf 2010“ vorgelegt. Die vom Sozialwissenschaftlichen Forschungszentrum Berlin-Brandenburg e.V. untersuchten Veränderungen der sozialen Lage sowie deren Handlungsstrategien zur Alltagsbewältigung und selbstbestimmten Lebensgestaltung bis ins hohe Alter müssen jetzt in den konkreten Planungen des Bezirks trotz angespannter Haushaltslage berücksichtigt werden. Dabei gibt es in den Siedlungsgebieten Mahlsdorf, Kaulsdorf, Biesdorf und Friedrichsfelde-Ost besondere Problemlagen. DIE LINKE wird die zahlreichen Anregungen der Seniorinnen und Senioren aufgreifen und deren Anliegen durch Anträge, Anfrage und Beschlüssen in die Fachausschüsse und die BVV einbringen.

**Klaus-Jürgen Dahler**, Frakt.-vors. DIE LINKE

## Ja, wo strömen sie denn? (Teil 1)

In den Tagen und Wochen vor dem Bundesparteitag in Göttingen wurde in unserer Partei wieder kräftig mit den Flügeln geschlagen. Seit dem 2. Bundesparteitag wurde vor allem die Personalpolitik in unserer Partei maßgeblich von der Machtarithmetik dieser in den sogenannten Strömungen organisierten Flügel der Partei bestimmt ... und das, obwohl sie nur einen Bruchteil der Mitglieder repräsentieren. Außerdem können viele Mitglieder mit Abkürzungen wie AKL, FDS, SL oder auch Ema.Li wenig anfangen, so dass schon mal Stefan Liebich als einer der bekanntesten Akteure des FDS der Ema.Li zugeschlagen wird. Also soll hier mal geguckt werden, was wie wo strömt.

Sieht man sich die Gründungsaufrufe der Strömungen an, wird oftmals nicht klar, worum der Streit eigentlich geht, denn in keinem stehen Sachen, die die anderen nicht mittragen könnten. Meist sind die Unterschiede weniger eine Frage von Prinzipien, sondern von Gewichtung und Struktur der Argumente. Will man die Unterschiede verstehen, ist es nötig, sich mit den oftmals nicht schriftlich fixierten Fremd- und Selbstzuschreibungen der Strömungen zu beschäftigen.

Als die im Osten der Republik dominante Strömung wird das Forum demokratischer Sozialismus (FDS) gesehen. In der Regel wird es als Netzwerk der eher reformorientierten Kräfte gesehen. Als Ziele formulieren sie die Bewahrung und Weiterentwicklung des „Erbes der PDS“. Von Kritikern wird ihnen oft der Vorwurf gemacht, sie seien realpolitische

Pragmatiker und v.a. unkritische Befürworter von Regierungsbeteiligungen.

Als eher im Westen verankerte Strömung gilt die Sozialistische Linke (SL). Ihre Ausrichtung ist eher links-sozialdemokratisch und reformkommunistisch. Sie ist stark gewerkschaftsorientiert. Sie nimmt für sich marxistische Gesellschaftsanalysen und links-keynesianische Positionen in Anspruch. In der SL engagiert sich auch das trotzkistische Netzwerk Marx21, ehemals Linksruck (LR). Dabei handelt es sich um die deutsche Sektion der International Socialist Tendency (IST). Nachdem LR bis zum Zerwürfnis Anfang der 1990er in der Antifa-Bewegung interveniert hatte, verfolgte sie ab 1993 eine Entrismusstrategie gegenüber den Jusos. Ab 2004 richtete sich das Interesse auf die WASG. Von Kritikern wird der SL vorgeworfen, ihre Konzepte entsprächen dem Gesellschaftsbild der 1970er und 1980er und würde die strukturellen und kulturellen Veränderungen der letzten 20 Jahre nur unzureichend zu berücksichtigen.

Eine weitere wichtige Strömung ist die Antikapitalistische Linke (AKL). Sie versteht sich als radikaler linker Flügel der Partei. Sie orientiert sich in ihrer Politik stark auf außerparlamentarische Bewegungen. In der AKL engagieren sich auch viele Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft Kommunistische Plattform. Seit einiger Zeit engagiert sich auch der trotzkistische Verein Sozialistische Alternative (SAV) konzertiert in der AKL. Die SAV ist die deutsche Sektion des Komitees

für eine Arbeiterinternationale (KAI), das wie die IST in London ansässig ist. Bis Anfang der 1990er verfolgten alle Sektionen des KAI eine Strategie des „Dauerentrismus“ in Arbeitermassenparteien. Von Kritikern wird der AKL oft vorgeworfen, sie wäre unfähig zu Kompromissen und versuche, abweichende Meinungen aus der Partei zu drängen.

Erst relativ spät, 2009, konstituierte sich auch die Emanzipatorische Linke (Ema.Li) entsprechend der Satzung als innerparteiliche Strömung. Sie vertritt libertäre, radikal-demokratische und emanzipatorische Standpunkte. Zentrales Debattenfeld sind die Bedingungen einer veränderten Arbeitswelt und die daraus erwachsenden politischen Herausforderungen und Möglichkeiten.

Entsprechend dem Selbstverständnis werden Doppelmitgliedschaften in anderen Strömungen ausdrücklich begrüßt. Aufgrund ihrer personellen und strukturellen Schwäche spielte die Ema.Li in den vergangenen strömungspolitischen Auseinandersetzungen kaum eine Rolle, auch wenn mit Caren Lay und Katja Kipping führende Mitglieder der Partei, Mitglieder der Strömung sind. Inhaltlich profilierten sich Mitglieder der Ema.Li v.a. im Kampf für das bedingungslose Grundeinkommen. Aufgrund ihrer Nicht-Rolle in den Strömungsauseinandersetzungen gibt es auch keine ausgeprägte Kritik an der Ema.Li als Strömung – es sei denn, man erachtet die Verortung in die Nähe des FDS als solche.

Hassan Metwally

## Gedenkveranstaltungen in Rostock-Lichtenhagen

Ende Juli hat das Bündnis „20 Jahre nach den Pogromen: Das Problem heißt Rassismus“ seinen Aufruf vorgestellt. Im Anschluss konnten zahlreiche Politiker\_innen, Wissenschaftler\_innen, Kulturschaffende und Organisationen bundesweit gewonnen werden, die den Aufruf unterstützen. Das Bündnis betont ganz klar, dass Rostock-Lichtenhagen nur symbolisch steht für ein aktuelles gesellschaftliches Problem.

Claudia Münster, Sprecherin des Bündnisses dazu: „Dass es in vielen Städten einen breiten gesellschaftlichen Konsens gegen Neonazis gibt, ist gut und wichtig. Die aktuelle Heitmeyer-Studie zeigt allerdings auch, dass weiterhin 40 % der bundesdeutschen Bevölkerung Probleme damit hätten, wenn sich Sinti und Roma in ihrer Nähe aufhalten. Nicht

nur Neonazis waren damals Initiatoren und Beteiligte des Pogroms, sondern auch „ganz normale“ Bürger\_innen. Das sollte uns allen eine Warnung sein und dazu anregen, sich weiterhin und immer wieder mit der Thematik aus-

einanderzusetzen. In Rostock und überall.“ Geplant sind bisher mehrere Infoveranstaltungen und bundesweite Plakatieraktionen, mit denen auf das Anliegen des Bündnisses aufmerksam gemacht werden soll.



## Stadtteilspaziergang „Natur vor der Haustür“

» 28.8., 16 Uhr, Treffpunkt: Bahnhofshalle des S-Bahnhofs Mahlsdorf; mit **Angele Schonert (NABU)**, „Kleingewässer rund um den Bahnhof Mahlsdorf – Herausforderungen für den Erhalt der Artenvielfalt“

Dieser thematische Stadtspaziergang widmet sich dem Ortskern Mahlsdorf und vor allem der dort noch zu findenden „Natur vor der Haustür“.

Dabei stellen natürliche wie auch durch menschliches Wirken entstandene Kleingewässer, von Rohrpfuhl über Waldowteich bis zu den Regenrückhaltebecken am Wilhelmsmühlenweg und Hamsterstraße – Teil der historischen Tautsiedlung Mahlsdorf II – wertvolle Rückzugs- und Entwicklungsgebiete für Tiere und Pflanzen dar.

Manches Überraschende lässt sich auch heute noch entdecken.

Bei anderen Objekten ist die Frage, wie man eine nachhaltige Entwicklung gestalten kann, die zwischenzeitliche Veränderungen der Nutzung berücksichtigt und dennoch Freiräume belässt.

Viele Tier- und Pflanzenarten benötigen Biotopverbindungen als Trittsiegel und auch Menschen nutzen Grünverbindungen zum Spaziergehen und Radfahren.

Wie kann zum Beispiel sinnvoll mit dem zum größten Teil „verbudelten“ Rohrpfuhlgraben umgegangen werden?

## Treffen in Wahlkreisen

» 15.8., 19 Uhr, Stadtteilzentrum „Kompass“, Kummerower Ring 42, 12619 Berlin, Treffen aller im Wahlkreis 6 wohnenden Mitglieder der LINKEN mit **Klaus-Jürgen Dahler**, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE in der Bezirksverordnetenversammlung Marzahn-Hellersdorf von Berlin

» 5.9., 19 Uhr, Stadtteilzentrum Marzahn-Mitte, Marzahner Promenade 38, 12679 Berlin, Treffen aller im Wahlkreis 2 wohnenden Mitglieder der LINKEN mit Dr. Manuela Schmidt (MdA)

**Achtung:** Die Sprecherberatung Marzahner Promenade ist in diese Veranstaltung integriert und findet nicht separat statt!

## Hinten links

## Ist Wissen Macht?

Der erste Band von „Das Kapital“ erschien 1867.

Die erste portugiesische Übersetzung wurde erst 1968 verlegt.

Um die von Marx entdeckten und beschriebenen „Geheimnisse“ des Kapitalismus zu erfahren, mussten sich auch die Brasilianer bis dahin der Ausgaben in englischer, spanischer oder anderer Sprache bedienen.

Obwohl oder gerade weil er die Wirkungsmechanismen des Kapitals in Wirtschaft und Gesellschaft offengelegt hat, ist und bleibt Karl Marx international der geschätzte deutsche Klassiker schlechthin.

### Frage

Warum weiß auch die Mehrheit der Deutschen mit Marx' Werk „Das Kapital“ noch immer nichts anzufangen?

**R. Rüdiger**

## Bezirksvorstand

» 7.8., 4.9. jeweils 19.30 Uhr Beratung des Bezirksvorstandes, Linker Treff, Henny-Porten-Str. 10-12, 12627 Berlin, weitere Termine unter [www.dielinke-marzahn-hellersdorf.de/politik/termine/](http://www.dielinke-marzahn-hellersdorf.de/politik/termine/)

## Basisgruppensprecher-Beratungen

» 5.9., 18 Uhr (BO Biesdorf) Theater am Park, Frankenholzer Weg 4, 12683 Berlin

» 5.9., 19.00 (!) Uhr, Marzahner Promenade 38, 12679 Berlin, Treffen aller im Wahlkreis 2 wohnenden Mitglieder der LINKEN mit Dr. Manuela Schmidt (MdA), siehe auch linke Spalte

» 6.9., 19.30 Uhr (BO Hellersdorf) Henny-Porten-Straße 10-12, 12627 Berlin

## Frauenforum

» 27.8., 18 Uhr, Linker Treff, Henny-Porten-Straße 10-12, 12627 Berlin, alle Genossinnen und Sympathisantinnen sind herzlich eingeladen

## Sprechstunden

» 8.8., 17 - 18 Uhr, **Regina Kittler** (MdA), Thurandtweg 21, 12681 Berlin

» 13.8., 16 - 17 Uhr, **Dagmar Pohle** (Stellv. Bezirksbürgermeisterin) und **Regina Kittler** (MdA), Schloss Biesdorf, Turmzimmer, Alt-Biesdorf 55, 12683 Berlin

» 14.8., 19 - 20.30 Uhr, **Wolfgang Brauer** (MdA) und **Petra Wermke** (BVV), Bürgerzentrum Marzahn-Nordwest, Wörlitzer Straße 3a, 12689 Berlin

» 20.8., 17 Uhr, **Dr. Gabriele Hiller** (MdA), Haus Babylon, Babel e.V. Klausdorfer Straße 8, 12629 Berlin

» 29.8., 16 - 18 Uhr, **Petra Pau** (MdB), Wahlkreisbüro Henny-Porten-Str. 10-12, 12627 Berlin, telefon. Anmeldung 030 99289380

» 6.9., 17 Uhr, **Dr. Manuela Schmidt** (MdA), Stadtteilzentrum, Marzahner Promenade 38, 12679 Berlin

» ab 9.8. jeden Donnerstag, 10 - 13 Uhr, **Klaus-Jürgen Dahler**, BVV-Fraktionsvorsitzender der LINKEN, Linker Treff, Henny-Porten-Straße 10-12, 12627 Berlin, für soziale Akteure und Hilfe für Arbeitslose

Siehe auch: [www.dielinke-marzahn-hellersdorf.de/politik/termine/](http://www.dielinke-marzahn-hellersdorf.de/politik/termine/)

## BVV-Fraktion

» Sprechstunde der Fraktion DIE LINKE im früheren Marzahner Rathaus, Helene-Weigel-Platz 8 (Raum 312), 12681 Berlin: Mo 16 - 19 Uhr, Di 10 - 18 Uhr, Mi 14 - 18 Uhr, Do 14 - 18 Uhr, Telefon 54431890

### Geschäftsstelle und Linker Treff, Henny-Porten-Straße 10-12

(fon: 54 12 130/9953508 - fax: 9990 156 1)

#### Öffnungszeiten:

**Montag** 13 - 17 Uhr

**Dienstag:** 10 - 17 Uhr

**Donnerstag:** 10 - 18 Uhr

**Freitag:** 10 - 13 Uhr

(mittwochs geschlossen)

#### Impressum **Marzahn-Hellersdorf links**

**Herausgeber:** DIE LINKE. Berlin. V.i.S.d.P.: Yvette Rami. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Falle die Meinung der Redaktion wieder. Veröffentlichungen unter „Post an uns“ (Leserzuschriften) sind keine redaktionellen Meinungsäußerungen. Die Redaktion behält sich das Recht Sinn wahrer Kürzungen von Beiträgen vor.

**Layout:** Yvette Rami

**Anschrift der Redaktion:** Henny-Porten-Str. 10-12, 12627 Berlin  
fon: 030 5412130, fax: 030 99901561.

**Internet:** [www.dielinke-marzahn-hellersdorf.de](http://www.dielinke-marzahn-hellersdorf.de)

**E-Mail:** [bezirk@dielinke-marzahn-hellersdorf.de](mailto:bezirk@dielinke-marzahn-hellersdorf.de)

**Redaktionsschluss:** 30.07.2012. Auslieferung ab: 01.08.2012. **Druck:** Eigendruck. „**Marzahn-Hellersdorf links**“ wird aus Spenden seiner Leserinnen und Leser finanziert. Empfehlung: 35 Euro-Cent. Die nächsten Ausgaben erscheinen am 06.09. und 10.10.2012.